

ROLF BADSTÜBNER

Gründung der SED.

Zur Selbstzerstörung einer Legende

Alle diejenigen ehemaligen DDR-Bürger und insbesondere Historiker, welche einerseits zu Recht die derzeit in der Bundesrepublik vorherrschende pauschale Verurteilung und Verketzerung der Geschichte der DDR zurückweisen, denen aber andererseits eine vorurteilslose radikal-kritische Erforschung und Darstellung eben dieser Geschichte echtes Anliegen und inneres Bedürfnis ist, sind im Vorfeld des 50. Jahrestages der Konstituierung der SED aufs äußerste herausgefordert. Geht es doch um die radikale Überwindung einseitiger Positionen und auch direkt falscher Sichtweisen; denn offensichtlich sind im Hinblick auf diesen Vorgang von der SED-Führung Leitbilder und Sichtweisen vorgegeben und auch direkt in die geschichtswissenschaftliche Arbeit hineingetragen¹ worden, die nicht der Realität entsprachen – und die als Gralshüter institutionalisierte Parteiministere sorgten unter Errichtung eines Forschungs- und Deutungsmonopols² dafür, daß niemand im eigenen Lager die zurechtgezimmerten Legenden beschädigte oder gar zerstörte.

Aus heutiger Befindlichkeit kann man eigentlich nur kopfschüttelnd feststellen, daß man geradezu mit Blindheit geschlagen war³; denn auch ohne weitergehende Quellenkenntnisse hätte ein Hemmschwellen überwindendes kritisches Hinterfragen zu vertiefenden Problemsichten und neuen Einsichten führen können – wenngleich nur in begrenztem Rahmen.

Erst der seit 1989 ungehinderte Zugang zu allen relevanten KPD- und SED-Quellen, inzwischen herausgegebene Quellenveröffentlichungen⁴ und seitdem erzielte Forschungsergebnisse ermöglichen – unbeschadet der noch in den Anfängen steckenden Erschließung sowjetischer Quellen⁵ – und erfordern – jedenfalls für ehemalige DDR-Historiker⁶ – einen wirklichen Durchbruch zu grundlegend neuer Sicht und Wertung. Und es erscheint zweifelhaft, ob dafür eine mehr den Eindruck einer unentschiedenen Gratwanderung zwischen »Jubel und Verdammnis« erweckende Behandlung ausreicht.⁷

Aus der veränderten Konstellation am Ende unseres Jahrhunderts und der daraus resultierenden geschärften Problemsicht ergibt sich nunmehr auch ein anderer, relativierender Blick auf das vor allem im Kampf gegen den Faschismus und seine restlose Überwindung sowohl von Kommunisten als auch von Sozialdemokraten in den dreißiger und vierziger Jahren in einer Reihe von Ländern mit unterschiedlichen Intentionen und Intensität verfolgte Ziel, die Spaltung der Arbeiterbewegung nicht nur in Form der Zusammenarbeit

Rolf Badstübner – Jg. 1928, Professor der neueren Geschichte, ist seit den 60er Jahren mit Publikationen zur deutschen Nachkriegsgeschichte hervorgetreten, zuletzt erschien gemeinsam mit Wilfried Loth (Hrsg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994.

1 Vor allem die direkte Einflußnahme Walter Ulbrichts mittels des schon 1955 unter seinem Namen erschienenen Buches »Zur Geschichte der Neuesten Zeit« und dann als Vorsitzender(!) des Autorenkollektivs der 1966 erschienenen achtbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Er lancierte auf diesem Wege wider sein besseres Wissen das nicht nur geschönte, sondern direkt wahrheitswidrige Bild einer relativ un-

abhängig und eigenständig handelnden KPD bzw. SED. Bei der Darstellung der Entstehungsgeschichte der SED traten Stalin und die sowjetische Besatzungsmacht kaum in Erscheinung.

2 Relevante Akten, die ein anderes Bild hätten vermitteln können, wurden unter Verschluss gehalten. Auch dem Verfasser – als Leiter der Autorengruppe von Band 9 der Deutschen Geschichte – wurden sie vorenthalten.

3 Diese Feststellung bezieht der Verfasser nicht zuletzt auf sich selbst, hat er doch den entsprechenden Abschnitt im 1981 erschienenen Hochschullehrbuch der Geschichte der DDR in enger und unkritischer Anlehnung an den zuvor publizierten Abriß der Geschichte der SED verfaßt und später als Leiter der Autorengruppe eine bedauerlicherweise ebenfalls unkritische Darstellung im Band 9 der Deutschen Geschichte mitzuverantworten.

4 Im Kontext des Themas vor allem: Rolf Badstübner, Wilfried Loth (Hrsg.): Wilhelm Pieck - Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945 bis 1953, Berlin 1994 (fortan: »Pieck-Notizen«); Andreas Malycha: Auf dem Wege zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition, Bonn 1995; Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/46, hrsg. v. Günter Benser u. Hans-Joachim Krusch, Bd.1-3, München/Providence/London/Paris 1993ff.; Gerhard Keiderling:

und einer Aktionseinheit, sondern auch organisatorisch zu überwinden. Dieses Ziel wurde mit geschichtlichen Lehren begründet, mit hohen Idealen in Verbindung gebracht und erlangte so ein politisch-moralisches Ansehen, das kritisches Hinterfragen oft erschwerte. War seine Realisierung aber wirklich so »zwingend« notwendig und unabweisbar, wie viele glaubten und argumentierten? Und wenn ja, für die zu bewältigenden Gegenwartsaufgaben oder noch mehr für die darüberhinausgreifenden epochenalternativen sozialistischen Perspektiven?

Waren für eine solche Vereinigung tatsächlich die Voraussetzungen entstanden, etwa durch eine Renaissance des Marxismus bzw. die tendenzielle politische Radikalisierung in vielen sozialdemokratischen Parteien auf der einen, die kommunistische Volks- oder Einheitsfrontpolitik mit Ansätzen neuen Denkens auf der anderen Seite?

Oder hatten diejenigen Sozialdemokraten und Sozialisten Recht, die der Idee einer Vereinigung mit kommunistischen Parteien von Anfang an eine prinzipielle Absage erteilten? Beispielsweise war für die Labourparty eine solche Vereinigung kein Thema. Und der von Attlee und Bevin verfolgte Sozialisierungskurs, verbunden mit dem Konzept der Formierung eines demokratisch-sozialistischen (West)Europa als »dritter Kraft« zwischen Dollarkapitalismus und russischem Staatssozialismus, grenzte sich überdies deutlich von den Kommunisten und der Sowjetunion ab und repräsentierte damit die eindeutige Mehrheitsmeinung gegenüber dem linken Flügel um Harold Laski. – Mit Kurt Schumacher begann sich über die Konferenz von Wennigsen Anfang Oktober 1945 auch in der SPD der Westzonen Deutschlands ein solcher politischer Kurs gegenüber Annäherungsbemühungen an die KPD durchzusetzen.

Für die kommunistischen Parteien hatten sich mit der aus den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Komintern entwickelten Einheits- und Volksfrontpolitik und mit der Auflösung der Komintern größere Freiräume für die Praktizierung einer nationalkommunistischen Politik ergeben, die eine Lockerung der stringenten Bindung an Moskau einschloß.

Das geschah im Einvernehmen mit Stalin, es korrespondierte mit seiner »vaterländischen« Kriegführung und mit seinem Sicheinstellen auf die neuen Konstellationen und Gegebenheiten, die sich mit der Antihitlerkoalition und der beschlossenen Fortsetzung des Kriegs Bündnisses in einer Kooperation für Friedensregelung, -gestaltung und -sicherung herausgebildet hatten.

Dabei bewies Stalin durchaus taktisches Geschick, wirkte mäßigend auf die kommunistischen Parteien in der Interessensphäre der Westalliierten ein und erwartete dafür die Respektierung des im Ergebnis des Krieges riesig ausgedehnten sowjetischen Einflußbereiches, in welchem aber die berechnete Wahrnehmung sowjetischer Sicherheitsinteressen immer mehr – und in Wechselwirkung mit dem Kalten Krieg dann vollends – in sowjetische Hegemonial-, Interventions- und auch Unterdrückungspolitik hinüberwuchs. Das war verbunden mit einer erneuten Einengung nationalkommunistischer Freiräume.⁸

In der SBZ allerdings wurde die Fusion von KPD und SPD zu

einem Zeitpunkt durchgeführt, an dem die nationalkommunistische Strategie noch grünes Licht hatte, andererseits ein Besatzungsstatus in Deutschland bestand, die Sowjetunion Besatzungsherrschaft ausübte und die KPdSU dadurch unmittelbar auf die KPD einwirken konnte.

Ihre Rolle im antifaschistischen Kampf begründete ein beträchtliches politisch-moralisches Prestige der KPD und wies ihr einen festen, nicht zur Diskussion stehenden Platz im Parteiensystem zu, das im Rahmen der Vier-Mächte-Verwaltung Deutschlands und eines alliierten Grundkonsenses in allen Besatzungszonen legalisiert wurde.

Aber es war 1945 nicht einfach, sich ein klares Bild von der KPD zu machen. Die kommunistische Bewegung hatte sich mit und seit dem VII. Weltkongreß 1935 fast ausschließlich auf die Gegenwarts- und unmittelbaren Nachkriegsaufgaben konzentriert. Das zeigte sich auch in der Vorbereitung der Nachkriegspolitik der KPD durch ihre Moskauer Führung. Der bedeutsame, in Moskau erarbeitete und Hinweise Stalins⁹ integrierende Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 legte die wichtigsten Gegenwartsaufgaben in einer sozusagen parteiübergreifenden Sicht dar. In diesem Kontext schien es vielen so, als ob sich die KPD geändert und wichtige historische Lehren gezogen habe. So trat sie erstaunlich gemäßigt auf, wollte das Sowjetsystem nicht einführen, vermied es sogar gänzlich, das sozialistische Ziel auch nur zu erwähnen und formulierte »bürgerlich-demokratische«, antifaschistische und antimilitaristische Aufgaben.

Die KPD-Führung schwieg sich in und mit ihrem Aufruf über ihre weitergehenden und tatsächlichen Ziele gänzlich aus. Doch wenn sie nichts anderes wollte, als das, was sie in ihrem Aufruf erklärte, dann war damit ihre Existenzberechtigung neben der SPD nicht überzeugend begründet, wie beispielsweise Schumacher argumentierte.¹⁰

Welches waren denn nun aber die eigentlichen kommunistischen Positionen, wie weit reichte das neue Denken und wie tief griffen die Veränderungen im kommunistischen Denkgebäude tatsächlich? Im Auftrage der KPD-Führung, aber auch abgedeckt durch einen entsprechenden Hinweis Stalins¹¹, baute Anton Ackermann in seinem Artikel in der ersten Nummer der »Einheit« vom Februar 1946 Ansätze neuen Denkens zu einem »besonderen deutschen Weg zum Sozialismus« aus. Darin wurde – mit Rekurs auf Marx und Engels, zurückhaltend aber auch auf Lenin – die Möglichkeit eines demokratischen und friedlichen Weges zum Sozialismus gemäß den deutschen Bedingungen begründet.

Im Oktober 1946 ging Ackermann – allerdings schon nicht mehr unwidersprochen – noch weiter, indem er die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats mit den spezifisch russischen Bedingungen in Verbindung brachte, während in Ländern, in denen die Arbeiterklasse die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bildet, demokratische Wege und Herrschaftsmethoden möglich und geboten seien.¹²

Doch reichten diese Ansätze schon aus? Mußten nicht auch die sozialistischen Zielvorstellungen gründlich überprüft werden?

»Gruppe Ulbricht« in Berlin. April bis Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993; »Nach Hitler kommen wir«. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, hrsg. v. Peter Erlar, Horst Laude u. Manfred Wilcke, Berlin 1994.

5 Hier liegt inzwischen eine Reihe Artikel - allerdings nicht direkt zur Thematik SED-Gründung, aber teilweise sie tangierend - vor, die auf der Auswertung neuer sowjetischer Quellen beruhen, wie von Jochen Laufer u.a., vor allem aber ist das jüngst erschienene umfangreiche Werk des US-Historikers Naimark zu nennen: Norman N. Naimark: The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation 1945-1949, Cambridge/London 1995. Die Entstehung der SED wird hier unter Auswertung von Quellen aus dem ZK der KPdSU, die das aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED zu rekonstruierende Bild ergänzen und untermauern, auf den Seiten 271 bis 284 behandelt.

6 Demgegenüber können sich viele altbundesrepublikanische Autoren, wie Hermann Weber, Dietrich Staritz, Werner Müller etc. sowie auch Harold Hurwitz in ihren früheren Darstellungen durch die neuen Quellen weithin bestätigt fühlen - zumindest, was die negativen oder problematischen Aspekte der Entstehung der SED angeht.

7 Was m.E. zu den zweifellos anspruchsvollen jüngsten Darlegungen von G. Benser kritisch anzumerken wäre: Günter Benser: Zusammenschluß von KPD

und SPD 1946. Erklärungsversuche jenseits von Jubel und Verdammnis, Berlin 1995 (hefte zur ddr - geschichte 27). Gleiches trifft auch aus der Sicht des Verf. auf die auf einer Ausarbeitung Bensers basierende »Erklärung der Historischen Kommission der PDS«
 »Zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD« (Neues Deutschland, 18.12.1995, S.11/12) zu.

8 Siehe Einheitsfront-Einheitspartei. Kommunisten und Sozialdemokraten in Ost- und Westeuropa, hrsg. v. D.Staritz u.H.Weber, Köln 1989.

9 Siehe »Pieck-Notizen«, S. 50.

10 Denn die darin enthaltenen Aufgaben und Ziele wurden 1945/46 in den programmatischen Plattformen der SPD ebenfalls anvisiert und darüber hinaus noch in einen weiteren, systemverändernden sozialistischen Kontext gestellt.

11 Siehe »Pieck-Notizen«, S. 68.

12 Siehe Stenogr. Niederschrift von der 6.Tagung des Parteivorstandes der SED ... (2. Teil), in: SAPMO Barch ZPA IV 2/1/5, Bl. 2, 15ff.

13 Denn gemäß der alliierten Handhabung zunächst regional bzw. zonal getrennter Parteienentwicklung war an gesamtdeutsche Zusammenschlüsse nicht zu denken - jedenfalls im Zeitraum von 1945/46 nicht!

14 Stenographische Niederschrift der 13.(27.) Tagung des Parteivorstandes der SED am 15./16.9.1948 in Berlin. SAPMO Barch

Aber war die KPD-Führung tatsächlich bereit, ideologisch entsprechend disponiert und politisch in der Lage, ihre dogmatische leninistisch-stalinistische Weltanschauung einer radikalen Kritik zu unterziehen, Positionen eines deutschen Reformkommunismus sowie Sozialismuskonzepte zu entwickeln, die den Bedingungen eines fortgeschrittenen Industrielandes wie Deutschland und den damit korrelierenden modernen Sozialstrukturen und Mentalitäten angemessen waren?

Doch bevor dies weiter verfolgt wird, erscheint es im Vorfeld notwendig, einer anderen Frage nachzugehen, deren Beantwortung möglicherweise die Entstehung der SED in einem anderen Licht erscheinen läßt. Welche Ziele verfolgten KPdSU/SMAD und KPD tatsächlich, als sie in der zweiten Septemberhälfte 1945 eine forcierte Fusion von KPD und SPD – und das bedeutete von Anfang an: gesondert für die SBZ!¹³ – auf die politische Tagesordnung setzten und den Zentralauschuß der SPD in diesem Sinne zu bedrängen begannen? Zur Beantwortung dieser Frage reichen m.E. – bei einer taktisch so beweglichen Partei wie der KPD (von Stalin ganz zu schweigen!) – mehr oder weniger allgemeine Argumentations- und Erklärungsmuster nicht aus, da sie nicht beantworten, warum der Fusionskurs so früh und nun unter Ignorierung der bisherigen kommunistischen Forderung nach vorausgehenden ausreichenden ideologischen Klärungsprozessen in Angriff genommen wurde. Wilhelm Pieck 1948 hierzu rückblickend: »Die Vereinigung der beiden Parteien erfolgte noch unter sehr ungünstigen Bedingungen, und dabei war mehr der Wille maßgebend als die Einsicht und die feste Überzeugung von der Notwendigkeit der Vereinigung.«¹⁴

Warum mußte die Fusion zu diesem Zeitpunkt unter »ungünstigen Bedingungen« forciert werden? Im Interesse der Weiterentwicklung in der SBZ jedenfalls war der Kurs auf eine forcierte Fusion von KPD und SPD keineswegs zwingend; denn die Arbeitsgemeinschaft von KPD und SPD sowie die Blockpolitik hatten sich bewährt und waren zweifellos entwicklungs- und ausbaufähig.

Warum mußte man also die außerordentlich anstrengenden und komplizierten Umgestaltungs- und Aufbauprozesse in der SBZ zusätzlich mit solch schwierigen Problemen belasten, die auf jeden Fall mit einer forcierten Vereinigung verbunden waren? Und warum sahen sich die sowjetisch-kommunistischen Entscheidungsträger zu diesem Schritt veranlaßt, obwohl Aus- und Folgewirkungen zumindest das hohe Risiko in sich bargen, eine Ost-West-Teilung Deutschlands zu befördern, die man eigentlich oder andererseits nicht wollte?

Als im Herbst 1945 seitens KPdSU, sowjetischer Besatzungsmacht und KPD die Weichenstellung in Richtung Einheitspartei erfolgte, geschah das zu einem Zeitpunkt, als die Vereinigungseuphorie in der ostzonalen SPD weitgehend verfliegen war und sich Skepsis, Unzufriedenheit und selbst Erbitterung über eine allenthalben festzustellende kommunistische Rigorosität sowie über Benachteiligung und Diskreditierung von Sozialdemokraten breit machten, die SPD aber dennoch einen deutlichen Aufschwung verspürte und sich neues sozialdemokratisches Selbstbewußtsein artikuliert.¹⁵ Grotewohl formulierte daher in seiner Rede vom 14.

September 1945 sozialdemokratische Führungsansprüche, erachtete die Zeit für eine organisatorische Vereinigung als bei weitem noch nicht reif und forderte eine Gleichbehandlung der SPD durch die Besatzungsmacht ein.¹⁶ Der anwesende Wilhelm Pieck zeigte sich darüber äußerst beunruhigt und verärgert. Ein Sieg der SPD bei den auch in der SBZ früher oder später anstehenden Wahlen war nicht auszuschließen, er wurde dann nach den Wahlniederlagen der Kommunisten in Ungarn und Österreich im November 1945 sogar sehr wahrscheinlich. Und die Entwicklung in den Westzonen Deutschlands verlief auch nicht zur sowjetisch-kommunistischen Zufriedenheit. – Das war das (engere)¹⁷ Umfeld, aus dem heraus der Entschluß zur forcierten Fusion mit der SPD der SBZ erwuchs.

Eine forcierte Fusion ergab sich zwingend somit vor allem aus dem Interesse kommunistischer Machterhaltung und weiteren Machtausbaus im sowjetischen Einflußbereich. Für KPdSU und KPD war es offensichtlich nicht denkbar sowie unakzeptabel, daß die KPD Machtpositionen, die sie im Zuge sowjetischer Besetzung errungen hatte, auch nur zum Teil wieder einbüßen oder gar preisgeben könnte. Genau diese Gefahr erhob sich jetzt – mit Blick auf zukünftige Wahlen – durch eine erstarkende und selbstbewußte Sozialdemokratie in der SBZ.

Ihr versuchte man seitens SU und KPD durch eine Doppelstrategie zu begehen:

erstens forcierte Fusion der KPD mit der SPD in der SBZ vor anstehenden Wahlen oder – wenn das nicht klappte –

zweitens gemeinsame Wahllisten von KPD und SPD nach einem vorher festgelegten Proporzverhältnis.

Die »60er Konferenz« sollte, wie die eingebrachten Konferenzpapiere der KPD auswiesen¹⁸, der Erreichung dieser beiden Ziele bzw. entsprechenden Beschlußannahmen dienen. Dieser Konferenz kam daher für die Entstehung der SED eine Schlüsselrolle zu. Schon im Vorfeld verstärkte die sowjetische Besatzungsmacht zugunsten einer schnellen Fusion mit der KPD systematisch ihre Einflußnahme auf die SPD. Sie reichte von Versprechungen und der Gewährung von Vergünstigungen für sozialdemokratische Funktionäre, aber auch massiver Druckausübung und Bedrohung oder Versammlungs- und Veröffentlichungsverboten bis zur Inhaftierung von Einheitsgegnern.¹⁹

Bei der Vorbereitung und Durchführung der »60er Konferenz« verfolgte die KPD eine Überrumpfungstaktik. So hatte sie die SPD zunächst über ihre weitergehenden Konferenzziele im unklaren gelassen. Erst 15 Stunden²⁰ vor Beginn der Konferenz erhielt der ZA den Beschlußentwurf der KPD. Weder der ZA selbst hatte nun noch die Möglichkeit, sich darauf einzustellen, wie es erforderlich gewesen wäre, und schon gar nicht war noch eine Meinungsbildung mit den Bezirksvertretern und überhaupt deren Information zu werkstelligen, so daß diese von der kommunistischen Zielstellung völlig überrascht wurden.

Zwar bekräftigte auch der Zentralauschuß der SPD in seiner Beratungsgrundlage das Ziel einer »organisatorischen Vereinigung der sozialistischen Parteien«²¹, aber im Sinne einer längerfristigen,

ZPA IV 1/2/26, Bl.64/65.

15 Siehe hierzu die zahlreichen aussagekräftigen Belege bei Malycha: Auf dem Wege..., Einleitung, S. LXVff.und Quellen, S. 117ff.

16 Otto Grotewohl: Wo stehen wir, wohin gehen wir? Berlin 1945.

17 Darüber hinausgehende globale Aspekte müssen hier ausgeklammert werden.

18 Siehe Hans-Joachim Krusch/Andreas Malycha: Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946, Berlin 1990, S.40ff.

19 Siehe Malycha: Auf dem Wege..., Einleitung, S.LXXIf. sowie Quellen S.117ff.,153ff., 165ff., 186ff.

20 Siehe Harold Hurwitz: Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, 4 Bde., Köln 1983-1990, Bd. 4/Teil 2, S. 668.

21 Krusch, Malycha, a.a.O., S. 50.

22 Und dies nahm im Referat Grotewohls breiten Raum ein und stand auch in den Beiträgen von Dahren-dorf, Klingelhöfer und Thape im Mittelpunkt.

23 Die Westalliierten machten von ihrer Möglichkeit, der Konferenz beizu- wohnen, keinen Gebrauch - wie sie sich überhaupt in bezug auf die Entstehung der SED zurückhielten!

24 Hurwitz 4/2, S. 675.

25 Siehe auch jüngst ein Streitgespräch hierüber, an dem Benser, Heimann, Ma- lycha, Wilke u.a. teilnahmen. Bericht: Neues Deutschland, 16./17. Dezember 1995, S. 5. Ohne eine nächtliche »Einflußnahme« seitens SMAD/KPD auf Grotewohl etc. ist das jedoch kaum verständlich!

26 Gemeinsame Wahllisten und die Orientierung auf regionale Vereinigungen betreffend.

27 M.E. ist die Feststellung Bensers nicht akzeptabel, wenn er in einem Artikel über die »60er Konferenz« schreibt: »Der erste Tag verlief kontrovers, am zweiten ging es hingegen harmo- nisch zu.« Neues Deutsch- land, 30./31.12.1995, S. 11.

28 Siehe Krusch, Malycha, a.a.O., S.172f.

nur im Reichsmaßstab zu verwirklichenden Aufgabe. Zonale oder regionale Zusammenschlüsse lehnte er ebenso ab wie gemeinsame Wahllisten. Beratungsschwerpunkt der Konferenz sollte demge- genüber das Ausräumen von Problemen sein, die die Zusammenar- beit von KPD und SPD in der SBZ belasteten,²² sowie verbindliche Festlegungen zur Verbesserung und Intensivierung der weiteren Zusammenarbeit.

Aus sozialdemokratischer Sicht galt es, im Hinblick auf das Ziel einer organisatorischen Vereinigung – sozusagen im Vorfeld – eine Reihe wichtiger Fragen zu klären, beispielsweise, ob die KPD tatsächlich als Interessenvertreterin der deutschen Arbeiterklasse fungieren könne, was ja eine gewisse Unabhängigkeit von Moskau voraussetzte, oder die Frage nach dem Verhältnis der KPD zur De- mokratie.

Die kritischen sozialdemokratischen Ausführungen führten zu heftigen kommunistischen Gegenreaktionen, die Gesichter der zahlreich anwesenden sowjetischen Offiziere²³ wurden immer fin- sterer, so daß sich »viele Bezirksvertreter besorgt« fragen mußten, »was sie von der Sowjetkommandantur nach ihrer Rückkehr zu er- warten hatten.«²⁴ Und zweifellos verfehlten auch das zielstrebige- massive Auftreten der KPD-Vertreter und deren gezielte, alle Be- denken und Einwände »wegwischende« Argumentation auf viele Sozialdemokraten ihre Wirkung nicht.

Dennoch ist bis heute nicht zureichend erforscht und geklärt,²⁵ wie es am zweiten Verhandlungstag ohne nochmalige nennenswer- te Diskussion dazu kommen konnte, daß die SPD-Vertreter dem Entschließungsentwurf des ZK der KPD, in dem lediglich zwei Streichungen erfolgten²⁶, ihre Zustimmung gaben. Wie auch im- mer, der gefaßte Beschluß war keinesfalls das Ergebnis eines ech- ten Verhandlungs- und Verständigungsprozesses. Die SPD-Vertre- ter waren so oder anders genötigt und »überfahren« worden.²⁷

Der Zentralauschuß versuchte im nachhinein eine Schadensbe- grenzung vorzunehmen, u.a. mit seiner Entschließung vom 15. Ja- nuar 1946, in der er mit Nachdruck betonte, daß eine Vereinigung nur über einen Reichsparteitag möglich sei, und in der er sich de- zidiert gegen regionale Vereinigungen wandte.²⁸ Doch die sowjeti- sche Pressezensur verhinderte den Druck dieser und aller anderen SPD-Bekundungen, wenn sie nicht voll auf der Linie des Vereini- gungskurses lagen.

Im Ergebnis der 60er-Konferenz wies die SMAD ihre Komman- danturen an, mit allen Mitteln den Vereinigungsprozeß zu »för- dern«.²⁹ Das führte zu immer massiveren Einwirkungen auf solche Sozialdemokraten, die widerstrebten, sich zögerlich zeigten oder auch nur Bedenken gegen Tempo und Modalitäten der Vereinigung vorbrachten.³⁰

Der Vereinigungsprozeß vollzog sich also eindeutig unter unmit- telbarer und massiver Einflußnahme seitens KPdSU und SMAD. Fortlaufend fanden Besprechungen in Karlshorst statt, in denen je- weils die nächsten Schritte festgelegt wurden.³¹ Die endgültige Ent- scheidung über die Modalitäten der Gründung der SED fiel bei Sta- lin – im Ergebnis einer geheimgehaltenen Reise Walter Ulbrichts nach Moskau in der Zeit zwischen 28. Januar und 6. Februar 1946.³²

Unter den Wirkungen der massiven kommunistischen Vereinigungskampagne stehend, die kaum noch Raum für vernünftige Problemdiskussionen ließ, vor allem aber unter dem sowjetischen Druck und dem der faktischen politischen Isolierung sah sich der ZA der SPD schließlich – wie man gegenüber westalliierten Gesprächspartnern deutlich machte³³ – in einer ausweglosen Situation. Am deutlichsten artikulierten Grotewohl und Dahrendorf das in einem Gespräch mit Christopher Steel, dem Leiter der politischen Abteilung der britischen Militärregierung, Anfang Februar 1946. Steel berichtete hierüber nach London: »Was sie sagten, war nicht ermutigend... Grotewohl sagte..., sie würden nicht nur persönlich unter stärksten Druck gesetzt (er sagte, sie würden von russischen Bajonetten gekitzelt), ihre Organisation in den Ländern sei vollkommen unterwandert. Männer, die ihm noch vor vier Tagen versichert hätten, sie seien entschlossen, Widerstand zu leisten, flehten ihn nun an, die Sache hinter sich zu bringen. Auf diese Leute sei jede nur mögliche Art von Druck ausgeübt worden, von dem Versprechen, ihnen einen Arbeitsplatz zu besorgen bis zur Entführung am helllichten Tag, und wenn er, Grotewohl, zusammen mit dem Zentralausschuß den Widerstand fortführen würde, dann würden sie ganz einfach abgesetzt und durch Provinzausschüsse ersetzt werden. Im übrigen habe weiterer Widerstand auch keinen Sinn mehr, da sie sich von uns keine Hilfe mehr erhofften.

Auf meine Frage, was er damit meine, sagte Grotewohl, offensichtlich sei der »Eiserne Vorhang« (er gebrauchte diesen Ausdruck) unverrückbar. Die Franzosen würden jeden Ansatz zur Einheit Deutschlands abblocken, und unter diesen Umständen sei jede Unterstützung wirkungslos... Dahrendorf sprach davon, sie hätten bis zum Einsatz ihres Lebens Widerstand geleistet...«³⁴

In der entscheidenden Sitzung des Zentralausschusses mit den Bezirks- bzw. Ländervertretern am 11. Februar 1945 gaben schließlich diese den Ausschlag für eine Fusion im Rahmen der SBZ. Es ist in diesem Zusammenhang meist darauf abgehoben worden, daß in den Ländern der SBZ offensichtlich die Mehrheit der Sozialdemokraten für eine solche Fusion gewesen sei – doch sicher ist das nicht, wie nicht zuletzt aus der nach wie vor heftigen Kritik an der KPD und geäußerten sozialdemokratischen Befürchtungen wahrscheinlicher Dominierung der Einheitspartei durch die KPD sowie dem starken Wunsch nach einer Urabstimmung auch noch zu diesem Zeitpunkt hervorgeht.³⁵

»Aber sage mir um Himmelswillen«, schrieb am 23. Januar 1946 in diesem Zusammenhang auch ein solch unbeirrter Verfechter der Einheitspartei wie Otto Buchwitz an Grotewohl, »wenn die ganze Abstimmungsmaschinerie negativ stimmt, verzichten wir dann darauf, unsere geschichtliche Aufgabe zu erfüllen?«³⁶ – Doch selbst wenn letztlich eine sozialdemokratische Mehrheit in der SBZ für die Vereinigung zustandegekommen wäre, wäre dies noch kein aussagekräftiger Fakt und könnte unter den gegebenen Bedingungen und Umständen nicht als ein Ergebnis demokratischer, freier Willensbildung und Entscheidung gewertet werden.

Der ZA und immer mehr Sozialdemokraten in der SBZ mußten im Laufe des Februar und März 1946 erkennen, daß sie nun mit der

29 Bockow: »Anweisung der Kommandanten auf ortsrgruppenmäßige Vereinigung.« (sic!) »Pieck-Notizen«, S.67. Siehe auch Hurwitz 4/2, S. 681.

30 Siehe Malycha: Auf dem Wege..., S. 367ff.

31 Siehe »Pieck-Notizen«, S.62-73.

32 Siehe ebenda, S. 68/9.

33 Siehe verschiedene Belege bei Hurwitz 4/2, S. 696ff.

34 Public Record Office, London, FO 371/55360/C 1480/2/18. Zit. nach Rolf Steininger: Deutsche Geschichte 1945-1961, Bd.1, Frankf.a.M. 1983, S.164.

35 Siehe Malycha: Auf dem Wege..., Einleitung, S. CIIIf. sowie Quellen, S. 367ff.

36 Malycha: Auf dem Wege..., S. 312.

KPD in einem Boot saßen, aus dem sie nicht wieder heraus konnten. Und es gab keine Rettungsringe! Der Möglichkeit einer Urabstimmung wie in (West)Berlin beraubt, traten immer mehr der ursprünglich Ablehnenden oder Zögernden die Flucht nach vorn an – in Richtung auf einen nun wenigstens innerhalb der künftigen SED herzustellenden starken sozialdemokratischen Einfluß, d.h. die Vereinigung war, trotz alledem, auch mit hohen sozialdemokratischen Hoffnungen und Erwartungen verbunden.

Die Dialektik der damaligen historischen Situation und die Kräftekonstellation brachten es mit sich, daß die KPD zum einen beachtliche reformkommunistische Positionen entwickelte, zum anderen Zugeständnisse machen mußte und/oder die SPD programmatisch viel Eigenständiges in den Vereinigungsprozeß einbringen konnte.

Es existierten zu berücksichtigende Vierzonen- und Viermächtegegebenheiten, der Partner der KPD war eine starke SPD-Organisation als Teilpartei, die über Selbstbewußtsein verfügte und auf tief verwurzelte Parteitraditionen zurückblicken konnte. Das Unterfangen, diese SPD auf den programmatischen Boden des Lenismus zu »bugsieren«, der von Sozialdemokraten traditionell als eine spezifisch russische Angelegenheit angesehen wurde, war aussichtslos – dafür hätten auch Zwang und Druck nicht ausgereicht!

Im Ergebnis definierte sich schließlich die SED gemäß den Beschlüßdokumenten des Vereinigungsparteitages³⁷ als eine »unabhängige«, »nationale« und zugleich »demokratische und sozialistische« Partei, deren Gegenwartsziel eine »antifaschistisch-demokratische, parlamentarische Republik« mit Gewissens-, Glaubens-, Meinungsfreiheit, umfassenden sozialen und Menschenrechten sei, bekannte sich zu einem »demokratischen Weg zum Sozialismus« in Verbindung mit der »Erkämpfung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse«³⁸, zu einer »sozialistischen Gesellschaftsordnung« mit einer »sozialistischen Warenwirtschaft«, in der auch »Klein- und Mittelbesitzer« ihren Platz haben, die eine »voll entfaltete Demokratie«, »ein Reich wahrer Freiheit und Menschlichkeit« schafft.

So erschien die SED-Gründung als die Schaffung einer wirklich neuen Partei, die die jeweiligen Schwächen und Einseitigkeiten von KPD und SPD überwinden, ihre besten Traditionen, Eigenschaften und jeweiligen Stärken zum Tragen bringen sollte. Programmatisch und zum Teil auch organisatorisch präsentierte sich die SED bei ihrer Gründung somit keinesfalls als bloße Fortsetzung der KPD.

Ganz im Gegenteil: Von der KPD der Weimarer Republik hatte sich oder schien die SED ziemlich weit entfernt und auf der Position eines »konsequenten Marxismus« näher an die westzonale Sozialdemokratie herangerückt.

Zwischen den Beschlüßdokumenten der SED-Gründungsveranstaltung und denen des Hannoverschen Parteitages der westzonalen SPD vom Mai 1946 gab es beispielsweise sehr weitgehende gesellschaftspolitische Entsprechungen. Und auch in der Demokratiefrage schienen die Unterschiede geringer zu sein, als sie es tatsächlich waren.

37 In den Grundsätzen und Zielen und im ebenfalls vom Vereinigungsparteitag angenommenen »Manifest an das Deutsche Volk«. Siehe Dokumente der SED, Bd.I, Berlin 1951, S. 5ff.

38 An diesem Punkte zeigten sich das grundlegende Demokratiedefizit des Marxismus (Habermas) bzw. die Grenzen des Demokratieverständnisses der KPD. Es bestand offensichtlich in der Vorstellung, daß die Arbeiterklasse auf demokratischem Wege die Macht erobert, um sie dann zur Ausübung ihrer historischen Mission auf unbestimmte Zeit und unabhängig von wechselnden Mehrheitsmeinungen zu nutzen. Diese Position teilten aber offensichtlich auch Sozialdemokraten wie Helmut Lehmann in seinem Artikel in H. 1 der Einheit u.a. Gerhard Eisler sprach das 1949 direkt aus: »denn als Marxisten müssen wir wissen, wenn wir eine Regierung gründen, ge-

Die einheitswilligen Sozialdemokraten, reformwilligen Kommunisten, insbesondere Mitglieder der KPD, die erst nach 1945 zu ihr gestoßen waren und denen der Leninismus so fremd war wie den Sozialdemokraten, stellten sich auf den Boden der Gründungsdokumente der SED, knüpften daran große Hoffnungen und erwarteten auch künftig das Beschreiten neuer Wege, bekannten sich deshalb zur Einheitspartei und engagierten sich mit gutem Gewissen im Sinne dieser Ziele und humanistischen Ideale. Der die Vereinigung begleitende oder gar überhaupt ermöglichende Zwang wurde mehrheitlich teils nicht gesehen, teils ignoriert, bagatellisiert oder mit »Bauchschmerzen« verdrängt, außerdem waren die Vereinigungsparteitage auch geprägt von Emotionen und viel Überzeugung, das Richtige zu tun und etwas Bedeutendes zu erleben.

Trotz der schweren Hypothek, die infolge der sowjetischen Druck- und Zwangsmaßnahmen und der kommunistischen Pressions- und Überraschungstaktiken auf der Gründung der SED lastete, verband sich mit ihr vielleicht doch auch eine historische Chance, wie das die übergroße Mehrheit ihrer Mitglieder reflektierte – eine historische Chance für die Fortsetzung einer zwar konsequenten und zum Teil radikalen, aber zugleich um Mehrheiten und gemeinsame Blockbeschlüsse bemühten Politik antifaschistisch-demokratischer Umgestaltungen und demokratischen Neuaufbaus, die sich im Rahmen des alliierten Deutschlandkonsenses hielt und sich als Teilschritt auf dem Wege zu einer Vier-Mächte-Regelung der deutschen Frage verstand?

Und diese Chance wurde auch tatsächlich, zumindest partiell, genutzt: über die Enteignung der »Nazi- und Kriegsverbrecher« wurde in einem Volksentscheid demokratisch entschieden, die Landtagswahlen 1946 wurden mit getrennten Parteilisten alles in allem als (soweit unter Besatzungsbedingungen möglich) freie und geheime Wahlen durchgeführt, an deutsches Staatsrecht anknüpfende demokratische Länderverfassungen entstanden.

In diesem Sinne hervorzuheben ist auch die Arbeit des Deutschen Volksrates und seiner Ausschüsse. So orientierte Otto Grotewohl auf der 4. Tagung des Deutschen Volksrates im Zusammenhang mit den zu verabschiedenden Richtlinien für eine Verfassung darauf, daß das Verfassungswerk »aus spezifisch deutschen geschichtlichen Erfahrungen geschöpft werden« müsse, »es kann nicht nach den Auffassungen unserer Besatzungsmächte wachsen, sondern es muß sich völlig unabhängig nach deutschen Gesichtspunkten orientieren«, auf einer »für ganz Deutschland tragbaren mittleren Linie...«³⁹ Daraus entstand die pluralistisch-«realdemokratisch« ausgerichtete Verfassung für eine deutsche demokratische Republik, die dann durch eine Reihe besonderer Umstände zur ersten Verfassung der DDR, für die sie eigentlich gar nicht vorgesehen war, avancierte. Von den Gründungspositionen der SED führte weiter eine Entwicklungslinie zum dezentralisiertem Landeseigentum der enteigneten Großbetriebe und zum Konzept der Mehrsektorenwirtschaft, zur Fortsetzung der Blockpolitik, zu relativer kulturpolitischer Weite und Vielfalt, was sich in Literatur, Kunst und Film widerspiegelte, zum Anknüpfen an die deutsche Reformpädagogik in der Schul- und Bildungsreform, zu kommu-

ben wir sie niemals wieder auf, weder durch Wahlen noch durch andere Methoden. (Walter Ulbricht: Das haben einige noch nicht verstanden.)«.

Stenogr. Niederschr. von der 22.(36.) Tagung des Parteivorstandes der SED am 4.10.1949. SAPMO Barch ZPA IV 2/1/36, Bl. 39.

39 Deutschlands Stimme, 8.8.1948, S.5. Die SMAD reagierte prompt mit dem Vorwurf des »Objektivismus«. Siehe »Pieck-Notizen«, S. 236f.

40 Und es gilt auch für die spätere Entwicklung zu bedenken, daß der Bruch, der 1948 eingeleitet wurde, zwar einschneidend, aber nicht total war. Allerdings waren mit der Einführung des sowjetischen »Grundmodells« in Wirtschaft und politischem System Rahmenbedingungen gesetzt, die Reformbemühungen nunmehr erschwerten und in ihren Möglichkeiten beträchtlich einengten.

41 Z.B. willkürliche Inhaftierungen, Methoden in den Internierungslagern und deren Umfunktionierung etc.

42 Das weisen die unkorrigierten (!) Wortprotokolle der Vorstandssitzungen in den ersten Jahren deutlich aus.

nal- und sozialpolitischen Aktivitäten, in denen auch sozialdemokratisches Gedankengut und sozialdemokratische Traditionen ihre gewandelte Fortführung fanden.⁴⁰

Zugleich aber machte die Fusion von KPD und SPD wie in einem Brennglas tiefgreifende Antinomien deutlich, von denen die sowjetische Deutschland- und Besatzungspolitik und korrespondierend damit auch die Politik der Führung der KPD gekennzeichnet waren. Denn gleichzeitig und an Einfluß zunehmend wirkten solche Komponenten, die in Richtung auf unbedingte Absicherung sowjetisch-kommunistischer Herrschaft in der SBZ zielten, die mit leninistisch-stalinistischen Denkmodellen und Praktiken⁴¹ zusammenhängen und Tendenzen oktroyierter Sowjetisierung und von Selbstsowjetisierung hervorbrachten. Die SED bot zwar anfangs und noch einige Zeit das Bild von zwei Parteien in einer, es gab ein reges innerparteiliches Leben mit offenen und zum Teil kontrovers geführten Diskussionen – selbst im Parteivorstand.⁴² Aber es gelang den KPD-Kadern zunehmend, gestützt auf die sowjetische Besatzungsherrschaft, ihre Organisationserfahrung, Geschlossenheit etc., die SED und insbesondere auch deren Führung zu dominieren. Für die SMAD und Stalin erschien es offensichtlich selbstverständlich, daß sich die Beziehungen zur SED genauso gestalteten, wie bisher zur KPD. Der entscheidende Beratungs- und Weisungsstrang von Moskau/SMAD zur SED führte in erster Linie über Pieck und dann über Ulbricht. Das war äußerst gravierend. Es gab nun in der SBZ keine Arbeiterpartei mehr, die, wie die SPD 1945/46, zwar der sowjetischen Besatzungsgewalt unterworfen, aber der KPdSU gegenüber unabhängig war! Für die KPD-Führung – und noch weniger für Stalin – konnte – aus ihrer Welt- und ihrem Selbstverständnis heraus – die anvisierte SED offensichtlich niemals etwas anderes als eine modifizierte Fortsetzung der KPD sein. Das hing sicher auch mit nicht oder nur teilweise überwundenen alten – berechtigten, aber auch unberechtigten und selbstgerechten – kommunistischen Anti-SPD-Einstellungen zusammen, die im Hinblick auf die Nachkriegssozialdemokratie und insbesondere auf die SPD der SBZ schon gar nicht gerechtfertigt waren. Die durch die Komintern geschulten und »gestählten« Kader konnten aus ihrer Haut nicht heraus. Zudem waren sie gezeichnet von den in Moskau erlebten stalinschen »Säuberungen« und Prozessen und mußten außerdem in der SBZ unter direkter sowjetischer Herrschaft wirken. Wenn man unter sich war, ließ man an der beabsichtigten Dominierung der SED keinerlei Zweifel aufkommen.

So erklärte Wilhelm Pieck in einer erweiterten Sitzung des Sekretariats des ZK der KPD am 22. Dezember 1945: »Wir werden dann – darüber besteht kein Zweifel – den bestimmenden Einfluß in der gemeinsamen Partei haben, was auch selbstverständlich ist.«⁴³ Ganz in diesem Sinne tadelte Wilhelm Pieck den thüringischen Landesvorsitzenden der KPD, Werner Eggerath, weil dieser auf dem letzten Landesparteitag sein Referat mit der Feststellung beendet hatte, daß die KPD nunmehr, mit dem Eintritt in die SED, ihr ruhmreiches Banner einziehen und dafür das größere Banner der Einheitspartei aufziehen werde. Pieck stellte vor den Delegierten

43 Siehe Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Bd.2, a.a.O., S.380.

klar, »daß die Kommunisten niemals ihr Banner einziehen würden, ja nicht einziehen könnten, denn ihr Banner sei ihre wissenschaftliche Weltanschauung, der Marxismus-Leninismus. Diese Wissenschaft gelte es nun in der vereinigten Arbeiterpartei zur Grundlage allen Handelns, zum weithin leuchtenden Panier zu machen.«⁴⁴ Und Hermann Matern äußerte sich im internen Kreis sächsischer KPD-Sekretäre am 14. Februar 1946 ähnlich. Mit Blick auf die Entwicklung in Rußland von Februar bis Oktober 1917, wo es den Kommunisten gelungen sei, »Reformismus« und »Paktierertum« in der Arbeiterbewegung auszuschalten, stellte er fest: »Unser Weg ist etwas anders, aber im Wesen derselbe. Unser Weg ist die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen durch die Vereinigung von zwei Arbeiterparteien, um auf diesem Wege den reformistischen, opportunistischen und Paktierereinfluß in der Arbeiterbewegung auszuschalten. Aber, Genossen, das müssen wir verstehen, das ist ein Prozeß, der sich auch nach der Vereinigung fortsetzt. Ich weiß nicht, ob ihr mich verstanden habt, Genossen?«⁴⁵ Mit der Gründung der SED setzten KPD und KPdSU ihre unmittelbaren Ziele durch: Über eine von den KPD-Kadern dominierte SED konnten die kommunistischen Machtpositionen in der SBZ nicht nur gesichert, sondern ausgebaut werden. Die Gefahr einer Wahlniederlage der KPD war gebannt; die SED erlitt zwar bei den Wahlen in Berlin eine empfindliche Schlappe⁴⁶, erreichte aber bei den Wahlen in den Ländern der SBZ beachtliche Ergebnisse – und das sicher nicht zuletzt durch die Wähler, die sonst SPD gewählt hätten! Bereits der 2. Parteitag der SED im September 1947 lief unter der Präsidentschaft von Hermann Matern weitgehend wie ein kommunistischer Parteitag ab und stieß viele Sozialdemokraten vor den Kopf. Der sozialdemokratische Unmut äußerte sich auf der 1. Tagung des Parteivorstandes am 25. September und auch im Zentralsekretariat am 13. Oktober 1947. Nach den handschriftlichen Notizen Wilhelm Piecks gaben ehemalige Sozialdemokraten den sozialdemokratischen »Mißstimmungen« mit folgenden Worten Ausdruck: »Sozialdemokratische Genossen sagen – So haben wir uns [das] nicht vorgestellt wir sind überfahren worden jetzt haben uns die Kommunisten, wohin sie uns haben wollten, jetzt sind wir nur noch die komm. Partei« (Meier); »wie Katholikentag org.« (Lehmann); »wir haben den Kampf verloren« (Gniffke); »Auftreten sowj. Delegation u. Begrüßung nicht als Höhepunkt Hoch auf KPdSU und ›Führer‹ Stalin Matern als Präsident des Parteitages zu sehr auf Osten festgelegt Parteitag gebe nicht Massenstimmung wider in Partei Apathie, Resignation Unzufriedenheit bei SPD-Genossen Personalpolitik Mißtrauen gegen Osten« (Litke).⁴⁷ Und über »Stimmungen« im Zentralsekretariat notierte Pieck: »K.sehen Parteitag im Übergang zur KP an« (Behling); »zu sehr komm. Methoden« (Karsten); »›Führer‹ Stalin mißfallen« (Käthe Kern).⁴⁸ Hier wurde durchaus richtig benannt, was vor sich ging. Aber die ehemaligen Sozialdemokraten konnten sich gegenüber den Kommunisten nicht behaupten. Ihre Kräfte wurden auch durch den scharfen Konfrontationskurs der Schumacher-SPD zur SED und den daraus erwachsenden Kampf der SED gegen »den Sozialdemokratismus« paralyisiert.

44 Werner Eggerath: Die fröhliche Beichte. Ein Jahr meines Lebens, Berlin 1975, S. 399.

45 Zit. nach Malycha: Auf dem Wege..., Einleitung, S. XCVIII.

46 Dadurch sahen sich KPdSU und die KPD-Kader in ihrem Drängen auf Einheitswahllisten bestärkt, wie sie dann vor den nächsten, auf 1950 verschobenen Wahlen gegenüber den anderen Blockparteien durchgedrückt wurden. Siehe »Pieck-Notizen«, S. 339f.

47 SAPMO Barch ZPA 36/556, Bl.47/48.

48 Ebenda, Bl. 195/96.

49 So beschwerte sich Friedrich Ebert Anfang Juni 1953 in einer der wenigen Politbürositzungen, in der es zu einem offenen Meinungsaustausch kam, darüber, daß es offensichtlich »2 Gruppen von Politbüromitgliedern« gebe und daß er sich » nicht genug gleichberechtigt« fühle. Nach den handschriftl. Aufzeichnungen Grotewohls. SAPMO Barch ZPA NL 90/699, Bl.35.

50 Siehe »Pieck-Notizen«, S. 216ff.

51 13.Tagung (Anm.14), Bl.191.

52 Ebenda, Bl.218.

53 Ebenda, Bl. 184

54 Ebenda, Bl.36ff.

55 »Pieck-Notizen«, S. 256. Davon abweichend, konnten dann in den 50er

Viele ehemalige Sozialdemokraten konnten und wollten diese Entwicklung nicht mitvollziehen; sie verließen die SBZ, die Prominentesten unter ihnen Gniffke und Thape, oder wurden meist Opfer von »Parteisäuberungen« oder gar von sowjetischen Militärtribunalen. Andere ordneten sich unter oder paßten sich an, wurden zu »Leninisten«, denen aber weiterhin ihre sozialdemokratische Vergangenheit, sie irgendwie herabstufend, »anhing«⁴⁹ oder die von ihr »eingeholt« wurden, wie Max Fechner 1953, als er im besten sozialdemokratischen Verständnis und mit Bezug auf die DDR-Verfassung (!) das Streikrecht der Arbeiter öffentlich anerkannte.

Die kommunistische Dominierung der SED und ihre allmähliche Transformierung zu einer kommunistischen Partei schloß natürlich ein, daß KPdSU und SMAD auch weiterhin einen unmittelbaren, über die bloße Wahrnehmung von Besatzungsgewalt hinausgehenden starken Einfluß ausübten und insbesondere den Weisungen des »Führers« Stalin unbedingt Folge geleistet wurde. So ging die von den KPD-Kadern seit Sommer/Herbst 1948 betriebene – und von Grotewohl u.a. ehemaligen Sozialdemokraten mitgetragene »Weiterentwicklung« der SED zur »Partei neuen Typus«, zu einer bolschewistischen Partei, auf Forderungen Tulpanows zurück, die er in einem Memorandum bzw. Vortrag im Mai 1948 entwickelt hatte⁵⁰ und ergab sich außerdem aus der Einbeziehung der SED in die scharfen Auseinandersetzungen Stalins bzw. des Kominform mit Tito und »nationalistischen Abweichungen« in Polen. Und das hatte auch weitgehende inhaltliche Konsequenzen. Konzept und Begriff des »besonderen deutschen Weges zum Sozialismus« wurden in scharfen Auseinandersetzungen schließlich von Anfang an für falsch erklärt, und in reuiger Zerknirschung stellte Ackermann selbst fest: »Und nun möchte ich offen und ohne jede Einschränkung erklären: die These von einem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus ist eine falsche, gefährliche und faule Theorie, die wir ausmerzen müssen.«⁵¹ Wilhelm Pieck wies in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß die im Aufruf der KPD gebrauchte Formulierung, nicht das Sowjetsystem einführen oder gar aufzwingen zu wollen, in Übereinstimmung mit Stalin taktisch »für zweckmäßig erachtet« worden war und fuhr fort, »heute würden wir das niemals mehr schreiben können.«⁵² Und quasi als Fazit interpretierte Oelsner die erarbeiteten Thesen zur Novemberrevolution: »Es wird daher aufgezeigt, daß unser Weg selbst unter Berücksichtigung der Besonderheiten prinzipiell der gleiche revolutionäre Weg des Marxismus-Leninismus ist, ein Weg, der nur über die politische Herrschaft der Arbeiterklasse, d.h. über die Diktatur des Proletariats, zum Sozialismus führt.«⁵³ Mit dem sowjetischen Weg wurde zugleich von Walter Ulbricht die (falsche und schädliche) Stalinsche These von dem sich gesetzmäßig verschärfenden Klassenkampf beim Übergang zum Sozialismus auch für die SBZ übernommen.⁵⁴

Und Wilhelm Pieck formulierte in seinem Redemanuskript für die Beratung bei Stalin im Dezember 1948: »Wir denken noch nicht, zur allg. Enteignung der Betriebe überzugehen.«⁵⁵ Die SED mutierte zur faktischen Fortsetzung der KPD, die nun nur – und unter Einverleibung der Sozialdemokraten – unter einem neuen Namen

firmierte. Allerdings, ohne das einzugestehen, und es gab kein neues Parteiprogramm. Schließlich wurde auch mit Zentralkomitee und Politbüro die kommunistische Parteiorganisation »wiederhergestellt«.

Von diesen Vorgängen aus betrachtet, scheint es so gewesen zu sein, daß die reformkommunistischen Ansätze offensichtlich auch bei denen, die sie besonders stark verfolgt haben, das fortbestehende leninistisch/stalinistische Denkgebäude und Selbstverständnis nicht entscheidend aufgebrochen haben. Beides stand ambivalent nebeneinander, wobei man sich dieser Ambivalenz vielleicht gar nicht bewußt war oder sich schizophoren darüber hinwegtäuschte. So, wenn man sich beispielsweise vergegenwärtigt, daß die Beschlüsse über die »Partei neuen Typus« mit der Arbeit des Deutschen Volksrates und seiner Ausschüsse parallel liefen und zugleich – gemäß der Forderung Stalins⁵⁶ – verbunden wurden mit einer entschiedenen Verstärkung der gesamtdeutschen Ausrichtung der Politik der SED und dem formulierten Ziel, »daß wir in der Ostzone eine solche Politik verwirklichen, die in ganz Deutschland realisierbar ist, von der die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland überzeugt werden kann.«⁵⁷ Bleibt als Fazit: Die Entstehung der SED ist somit als ein äußerst komplexes und widersprüchliches historisches Ereignis anzusehen, das sich nicht nur auf die taktischen Absichten und Maßnahmen sowjetisch-kommunistischer Provenienz reduzieren läßt⁵⁸, aber doch davon überschattet und schwer beschädigt wurde. Äußerst negativ wirkten kommunistische Hybris und Machtpolitik, eine sowjetische Besatzungsgewalt, die sich in diesem Fall nicht gegen Faschisten und Militaristen richtete und legitimierte, sondern gegen Sozialdemokraten und damit gegen Potentiale von Antifaschismus und Demokratie in Deutschland – und das war nicht zu rechtfertigen, mit welchen Gründen und Argumenten auch immer. Und das gilt auch dann, wenn man die Zuspitzungen der damaligen Ausnahme-, Not- und unentschiedenen Umbruchsituation zwischen Nationalsozialismus, Krieg und Nachkrieg in Rechnung stellt. Die Gründung der SED vertiefte den Graben zwischen Ostzone und Westzonen und die Gegensätze in Berlin ungemein. Wenn es Stalin mit der Herstellung der Einheit Deutschlands als erstem sowjetischen Prioritätsziel ernst war⁵⁹, dann hatte er mit der praktizierten Beförderung der SED und dem aufbrechenden Konflikt mit der westdeutschen SPD die Erreichung dieses Zieles selbst untergraben und einen Beitrag zur Ost-West-Teilung geleistet. Das erkannte er offensichtlich nachträglich selbst und deshalb offerierte er, um eine Vier-Mächte-Regelung der deutschen Frage zu erleichtern, seit Herbst 1946 eine Wiederezulassung der SPD in der SBZ.⁶⁰ Darauf stellte sich die SED-Führung nur sehr widerwillig ein⁶¹, und zu ihrer Erleichterung zeigte Schumacher – schon fest auf die (zeitweilige) Abschreibung der Ostzone und auf einen westdeutschen Alleingang im Rahmen des Konturen annehmenden Westblocks fixiert – daran kein Interesse.

So kam es nicht zur Wiederezulassung der SPD in der SBZ⁶², wodurch eine wesentlich geänderte Lage entstanden wäre. Aber auch ohne darüber zu spekulieren, relativiert allein diese faktische Möglichkeit die Gründung der SED und vor allem eine Sicht auf diese

Jahren bekanntlich doch eigenständige Wege beschritten werden.

56 Siehe ebenda, S. 259ff.

57 Stenogr. Niederschrift von der 17.(31.) Tagung des Parteivorstandes der SED am 9./10.3.1949. SAPMO Barch ZPA IV 2/1/13, Bl.7f.

58 Und damit auch nicht auf den Begriff der Zwangsvereinigung, der die berechnete Sicht der Einheitsgegner auf die SED-Gründung zum Ausdruck bringt, aber die Komplexität nicht abdeckt.

59 Was nach wie vor kontrovers diskutiert wird, wofür aber vieles spricht. Siehe Wilfried Loth: Stalin, die deutsche Frage und die DDR. Eine Antwort an meine Kritiker, in: Deutschland-Archiv 3/1995, S.290ff. Die Position des Verf. hierzu: Rolf Badstübner: Die sowjetische Deutschlandpolitik im Lichte neuer Quellen, in: Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit, hrsg. v. Wilfried Loth, Berlin 1994, S. 74-107.

60 Erstmals über Karlshorst im Dezember 1946 und dann im Januar 1947 in Moskau unmittelbar. Siehe »Pieck-Notizen«, S. 95/96 u. 112.

61 Siehe Stenogr. Niederschrift von der 11. Tagung des Parteivorstandes der SED am 21./22.Mai 1947. SAPMO Barch IV 2/1/10, Bl. 20. Siehe auch »Pieck-Notizen«, S. 128.

62 In Berlin konnte aufgrund eines Kompromisses zwischen den Alliierten die SPD in Ostberlin fortbestehen, wofür die SED in Westberlin zugelassen wurde.

Gründung im Sinne geschichtlicher »Gesetzmäßigkeit« und Unausweichlichkeit. Davon ausgehend, drängt sich am Ende sogar die Frage auf: Wäre es unter den gegebenen Umständen und Möglichkeiten für die SBZ/DDR zweifellos nicht günstiger gewesen, wenn eine auf dem Boden eines »konsequenten Marxismus« stehende SPD in der SBZ weiterexistiert hätte, d.h., wenn KPD und SPD lediglich ihre enge Zusammenarbeit fortgeführt hätten?